



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KII/23 - 28. Januar 1957
Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Am Beispiel Berlins	S. 1
Sozialisten und die europäische Integration	S. 3
Die SED und Westberlin	S. 4
Nachwort zum Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein	S. 6
Nachwort zum FDP-Parteitag	S. 7
"Vielleicht hat die SPD..."	S. 8

Die Hauptstadt geht uns alle an

Von Willy Brandt, MdB,
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Worum geht es bei den Berlin-Anträgen, die diese Woche den Bundestag beschäftigen werden? Einmal geht es darum, die vorunglückte Hauptstadt-Debatte der letzten Wochen einigermaßen wieder zurechtzurücken. Zum anderen aber, und das ist das wichtigere, muss am Beispiel der Hauptstadt Berlin noch einmal nachgewiesen werden, ob wir es ernst meinen mit dem Wort von der Wiedervereinigung als einer Aufgabe des Tages, und wie ernst wir es damit meinen.

Es ist merkwürdig still geworden um den vor einigen Monaten aus den Reihen der CDU lancierten, aber rasch wieder aufgegebenen Vorschlag, die Bundesregierung in absehbarer Zeit vom Rhein aus in Richtung Spree in Marsch zu setzen. Das Bundeskanzleramt hatte zum Stillstand geblasen. Aber das kann nicht das Letzte Wort sein. Stillstand bedeutet Rückzug, wenn es sich um die gesamtdeutsche Politik handelt.

Heute kommt es nicht auf schöne Sprüche an, sondern auf praktische Ergebnisse. Der Antrag der Oppositionsparteien im Bundestag weist dem Reg. Nr enthält mehr als ein nochmaliges Bekenntnis zu Berlin als der Hauptstadt Deutschlands, obgleich auch eine solche Unterstreichung nicht schaden kann. Vor allem aber kommt es auf handgreifliche Massnahmen an,

In Berlin sollen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden,

die spätestens für den Tag der Wiedervereinigung erforderlich sind. Hierzu gehört, dass so bald wie möglich mit dem Bau eines neuen Parlamentsgebäudes begonnen wird. Berlin sollen aber auch schon in der Zeit der noch andauernden Spaltung in stärkerem Maße als bisher hauptstädtische Teilaufgaben übertragen werden. Bundesbehörden gehören in grösserer Zahl nach Berlin; es ist nicht einzusehen, warum das nicht auch bei einer Teil der Ministerien möglich sein sollte.

Die Vorteile einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand. Die Wirkung auf das eigene Volk, vor allem in der Berlin umgebenden Zone, und auf das Ausland würden nicht ausbleiben. Praktische Einwände werden meist übertrieben. Sie werden ausserdem aufgewogen durch den politischen Gewinn. Rechtliche Einwände gibt es in Wirklichkeit nicht. Die Sonderstellung Berlins ist eine Realität, aber der vielzitierte Viermächtestatus darf nicht immer wieder als Feigenblatt einer Politik der Passivität und der Selbstgenügsamkeit benutzt werden.

Niemand will die Rechte und Pflichten der alliierten Mächte in Berlin antasten. Aber es lässt sich nicht leugnen, dass der Trennungsstrich zwischen Berlin und dem deutschen Westen 1949 schärfer gezogen wurde, als es notwendig war. Darum ist es logisch, dass die Frage des Wahlrechts der Berliner zum Bundestag und ihres Stimmrechts im Bundestag neu auf der Tagesordnung erscheint. Nachdem die indirekt gewählten Abgeordneten der Saar das Stimmrecht erhalten haben, kann man es den Berlinern nicht länger vorenthalten.

Es muss verhindert werden, dass eine positive Lösung der aufgeworfenen Fragen durch ein Sichverstecken hinter angeblichen alliierter Einsprüche verhindert wird. Die Alliierten werden eine gut begründete und massvolle deutsche Initiative sehr wohl zu würdigen wissen. Sie werden, wenn man ihnen nicht etwas anderes in den Mund legt, auch sehr wohl verstehen, dass die Frage der Hauptstadt ein nationalpolitisches Anliegen ist, das uns alle angeht.

Kritik am Brüsseler Ergebnis

rd - Wem nicht daran gelegen ist, die Aufgaben der europäischen Vereinigung zu zersplittern und in vielen Beratungs-Gremien zerreden zu lassen, den kann es nicht zufriedenstellen, dass nun die Brüsseler Ministerkonferenz über Euratom und den gemeinsamen europäischen Markt sich entschloss, zu den bereits bestehenden drei Europa-Parlamenten noch ein viertes aus der Taufe zu heben. Demgegenüber hat die in Luxemburg tagende Konferenz der Sozialisten der sechs Montanunion-Länder und ihrer Vertreter in der Montanversammlung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) gefordert, ein einziges und mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattetes gemeinsames europäisches Parlament zu bilden.

Nach den Erfahrungsberichten der sozialistischen Fraktion des Montanparlaments auf dieser Luxemburger Tagung hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die bisherigen Bemühungen zur europäischen Integration zu zwar anerkennenswerten doch ausschliesslich nur wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmungen geführt haben. Die Arbeitnehmer und Verbraucher dieser Länder waren nicht daran beteiligt. Auch die nun in Brüssel vorgesehene Ausweitung des gemeinsamen Marktes hatte als vorwiegendes Bewegungsmotiv: grössere Absatzmärkte für die gewerbliche Erzeugung zu schaffen und durch Abbau der Zölle, sowie durch verstärkte Serienfertigung für einen 165 Millionen Menschen umfassenden Markt bessere wirtschaftliche Bedingungen für die gewerbliche Erzeugung herzustellen. Diese Beschränkung, unter Ausserachtlassung des zweiten wichtigen Motivs der europäischen Integration: des Ausgleichs der sozialen Interessen, erklärt die bisherige Inaktivität der europäischen Instanzen, insbesondere der EGKS. Die Sozialisten kritisieren, dass diese Institutionen bisher sich nicht für befugt hielten, mehr zu tun, als den freien Verkehr von Kohle und Stahl im gemeinsamen Markt zu sichern.

Deutlich weisen die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz, aber mehr noch die Punkte, die nicht zu einer Verständigung führten: die Einbeziehung der Agrarmärkte und der überseeischen Besitzungen der angeschlossenen Länder in den gemeinsamen Markt, darauf hin, dass auch

26. 1. 1957

künftig die sozialen Belange der in diesem Wirtschaftsraum lebenden Menschen - die Habung ihres Lebensstandards und der Ausgleich ihrer sozialen Interessen - hinter dem Schutz nationaler Agrar- und Industrieinteressen zurückbleiben werden. Unter diesen Bedingungen bleibt die europäische Integration trotz anerkannter wirtschaftlicher Erfolge für die Arbeitnehmer und Verbraucher unbefriedigend. Sie bleibt für sie eine Angelegenheit, an der sie sozial und somit in ihrer Einstellung zu ihr unbeteiligt bleiben.

Worauf es den Sozialisten ankommt, das ist: eine zusammengefasste und einheitliche institutionelle Form dieser europäischen Vereinigung, die mit ausreichenden Befugnissen ausgestattet ist, um eine aktive sozial und wirtschaftlich ordnende Politik treiben zu können. Sie muss insbesondere eine koordinierte Politik für alle Energieformen einschliesslich der friedlichen Nutzung der im öffentlichen Eigentum befindlichen Kernenergie betreiben und durch eine darauf abgestimmte Investitionspolitik die europäische Energieversorgung auf lange Sicht zu sichern vermögen. Ihr Parlament muss mit ausreichenden Befugnissen und Kontrollmöglichkeiten ausgestattet sein. Die Gemeinschaft selbst soll auch dritten Ländern offenstehen und ihr vordringlichstes Ziel im Ausgleich der sozialen Interessen in diesen Ländern sehen.

Die bisher betriebene Europapolitik entspricht nicht den alten sozialistischen Zielen nach europäischer Integration. Wenn die Sozialisten trotzdem eine positive Haltung einnehmen und jeden europäischen Fortschritt begrüßen, so ist es für sie nur denkbar, wenn sie dieser Entwicklung soziale Züge aufzuprägen vermögen. Zu diesem Zweck haben sie sich entschlossen, künftig alle zwei Jahre zu einer solchen montan-europäischen Sozialistenkonferenz zusammenzutreten, ein europäisches Verbindungsbüro zu bilden, das mit der Fraktion der Sozialisten im Montanparlament engen, ständigen Kontakt hält. Sie werden ausserdem in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften eine öffentliche Aktion veranstalten, die bezweckt, den weiteren Bestrebungen um die europäische Vereinigung ein sozialeres Gesicht zum Nutzen auch der Arbeitnehmer und Verbraucher in den europäischen Ländern zu geben.

Nadelstiche

EZ - Berlin

Es ist kein Geheimnis, dass der SED-Leitung in Pankow der Viermächte-Status Berlins seit langem ein Dorn im Auge ist. Sie hat deshalb alles getan und jede Möglichkeit ausgenutzt, um entgegen dem offiziellen Festhalten der Sowjets an den Viermächtevereinbarungen über Berlin in der Praxis diesen Status zu unterhöhlen, der die Sicherheit dieser Stadt in die Hände der vier Grossmächte legt. Die Bewaffnung der "Kampfgruppe der SED", neuerdings parteioffiziell auch "Arbeiterbataillone" genannt, ist einer jener Versuche, mit denen Ulbricht und sein Ostberliner Statthalter Alfred Neumann in der Viersektorenstadt das Fundament der Sicherheit zu untergraben beabsichtigen.

Wie im Vorjahr, so haben auch dieser Tage die drei westlichen Stadtkommandanten in einer öffentlichen Erklärung zu dem Aufmarsch der bewaffneten "Kampfgruppe" am 20. Januar in Ostberlin, dem Todestag Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, eindeutig festgestellt, dass eine solche Demonstration mit Waffen mit dem Viermächtestatus unvereinbar ist und die Sicherheit der Stadt gefährdet.

Unterdessen ist ein neuer Vorstoss der SED gegen die Viermächtevereinbarungen über Berlin zu verzeichnen. Obwohl der Viermächtestatus die politische Betätigung der in Berlin zugelassenen Parteien in der ganzen Stadt garantiert, hat die SED jetzt eine Demonstration linientreuer Kommunisten gegen ein Ostberliner SPD-Kreisbüro organisiert, um zu verhindern, dass auf einer für den 30. Januar angesetzten SPD-Versammlung der Chefredakteur des "Telegraf", Arno Scholz, über seine mit dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer durchgeführte Asienreise berichtet. Das Zentralorgan der SED nahm mit der Behauptung, Scholz wolle im Ostsektor provozieren, eine eindeutig ärochende Haltung ein.

Der Vorstand des Landesverbandes Berlin der SPD hat sogleich energisch gegen diesen Angriff auf den Viermächtestatus der Stadt protestiert. Was bliebe der Betätigungsmöglichkeit der SPD in sow-

jetzt besetzten Teil Berlins noch übrig, wenn, nachdem seit Jahren jede öffentliche Wirksamkeit der SPD verhindert wird, die Kommunisten nunmehr bestimmen wollten, wer auf Mitgliederversammlungen der SPD sprechen darf und wer nicht? Wenn die SED diese Einmischungsversuche auf SPD-Versammlungen fortsetzt, wird die Berliner SPD Mittel und Wege finden, die Tätigkeit der kommunistischen SED in Westberlin entsprechend einzuschränken.

Der Hintergrund dieser neuen aggressiven Haltung der SED gegen den Viermächte-Status von Berlin wird verständlich, wenn man bedenkt, dass die SED in den letzten Wochen mit ihrem eifrigen Bemühen, bei den Sowjets das Eis der reservierten Haltung gegenüber den SED-Plänen zu lockern, Schiffbruch erlitten hat. Wenn auch die Moskauer Verhandlungen weitgehend geheimgehalten werden, so blieb es doch kein Geheimnis, dass Ulbricht im Kreml einen entsprechenden Vorstoß unternommen hat. Zu diesem Zweck nahm er auch den Berliner SED-Betriebssekretär Alfred Neumann mit, einen Funktionär, der für seine aggressive Politik gegenüber den demokratischen Kräften in Berlin berüchtigt ist. Sollten etwa die kalten Schultern, die die SED in der Berlin-Frage bei den sowjetischen "Freunden" feststellen musste, Ulbricht dazu verführt haben, seinen Ostberliner Statthalter Alfred Neumann jetzt zu eigenmächtigen Vorgehen zu veranlassen?

Immerhin, die Westmächte könnten das ihrige dazu tun, um die Sowjets an die Einhaltung des Berliner Viermächtestatus zu erinnern. Sie könnten über die Feststellung der Unvereinbarkeit des Aufmarsches der bewaffneten "Kampfgruppen" mit diesem Status hinaus den sowjetischen Partner der Vereinbarungen von 1946 darauf hinweisen, dass die "Kampfgruppen" der SED von Ulbricht jetzt auch in Berlin von einem bisher bloßen Demonstrationsinstrument zu einer Bürgerkriegstruppe entwickelt werden. Nach den dramatischen Ereignissen in Ungarn gab der SED-Chef bekanntlich auf einer Konferenz mit SED-Betriebs- und Kreissekretären die Anweisung, die "Kampfgruppen" künftig in erster Linie im Strassenkampf auszubilden. Auch die Tatsache, dass die Hundertschaften der SED-Kampfgruppen in den Berliner Betrieben jetzt übergeordnete Kampfstäbe erhalten, beweist eindeutig den militärischen Charakter, den die SED dieser nach aussen hin zivilen

Organisation zu geben bestrebt ist.

Der Berliner Kampfgruppen-Aufmarsch vom 20. Januar 1957 unterscheidet sich dadurch wesentlich von dem des Vorjahres. Wenn auch die allgemeine Ablehnung der Kampfgruppen durch die Arbeiterschaft den Einsatzwert dieser paramilitärischen Formation von vornherein fraglich erscheinen lässt, so darf nicht übersehen werden, dass die SED die Absicht verfolgt, über die bloße Demonstration hinaus im sowjetisch besetzten Teil Berlins ein Instrument der ständigen Bedrohung zu schaffen.

+ + +

Begrüßenswerte Erkenntnis

sp - In einer Erklärung zum Bonner Ergebnis der Verhandlungen zwischen der IG-Metall und den Arbeitgebern hat der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Paulssen, die getroffene Vereinbarung als einen sozialen Fortschritt bezeichnet. Das ist eine begrüßenswerte Erkenntnis. Ihr Wert wird freilich etwas vermindert, da sie so spät ausgesprochen wurde. Der lange, drei Monate währende Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein wäre wohl vermieden worden, hätten die Arbeitgeber die Berechtigung des Streikunliegens der Metallarbeiter schon früher anerkannt. Leider liessen es die Arbeitgeber auf eine Kraftprobe ankommen, die die Arbeiter dank ihrer inneren Geschlossenheit und Kraft das besseren Rechtes gut bestanden. Nach drei Monaten konnten sich auch die Unternehmer nicht der - aufgezwungenen - besseren Erkenntnis verschliessen, sie gaben in ihrem Widerstand gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auch für Arbeiter nach.

Um der Erhaltung des künftigen Arbeitsfriedens willen wäre zu hoffen, dass die Arbeitgeber in Konflikten ähnlicher Art sich nun weniger hartnäckig verhalten werden. Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, von denen Schleswig-Holstein ein Schulbeispiel lieferte, wird es immer geben. Der soziale Fortschritt fällt nicht allein in den Schoß, in Schleswig-Holstein war er das Ergebnis eines schwierigen und zähen Kampfes. Wenn Unternehmer künftig schon bei Beginn solcher unvermeidlichen Auseinandersetzungen - sie gehören zum Wesen der modernen Industriegesellschaft - sich von besseren Einsichten leiten lassen wollen, dann dürfte der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein auch in dieser Hinsicht einen Markstein in der Sozialgeschichte Nachkriegsdeutschlands bedeuten.

+ + +

Maier in der Mitte

sp - Der Berliner Parteitag der FDP brachte keine Überraschung. Reinhold Maier hat in einer grossen Rede die Inaktivität Adenauers in den Fragen der deutschen Wiedervereinigungspolitik scharf gerügt und gleichzeitig auch einige Seitenhiebe auf den Deutschen Gewerkschaftsbund und die SPD ausgeteilt.

Das "Berliner Programm" der Freien Demokraten enthält nichts, was nicht massgebende Vertreter der FDP schon immer gesagt hätten. Nur sind die Anliegen der FDP etwas klarer formuliert als bisher. Zum Beispiel: "Die Aussenpolitik hat der Entspannung zu dienen", und "Die Wehrpolitik muss der politisch-geographischen Lage der Bundesrepublik angepasst sein". Im Mittelpunkt der programmatischen Forderungen steht der Freiheitsbegriff auf allen Ebenen unseres politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens.

Hinsichtlich möglicher Koalitionen hat sich Maier äusserst vorsichtig verhalten. Er ist also "in der Mitte" geblieben, um jede Möglichkeit zukünftiger Entwicklungen wahrnehmen oder beeinflussen zu können.

Die FDP hat jetzt noch einige Monate Zeit, um unter Führung von Reinhold Maier die, mindestens nach aussen hin, abgeschlossene Spaltungsperiode so zu überwinden, dass sie tatsächlich als intakte politische Partei auftreten kann. Der neue Vorstand ist aus recht profilierten Persönlichkeiten zusammengesetzt, die aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Adenauerkalition keinen Hehl machen. So wird die FDP versuchen, besonders die Randschichten des liberalen Bürgertums anzusprechen. Ob sie auf diesem Wege zu einer "Dritten Kraft" in der deutschen Politik werden kann, wird die Zukunft erweisen.

+ - +

Wie 1953

sp - Die Infamie eines Goebbels grinst aus den Spalten der CDU-Zeitschrift "Deutsches Monatsblatt". Unter Hinweis auf ein SED-Plakat, das angeblich in der Stalin-Allee in Ostberlin hängen soll, heisst es in diesem Blatt: "Vielleicht hat die SPD noch einige tausend Plakate übrig und kann sie zum Selbstkostenpreis abgeben". Gemeint ist das SED-Plakat.

Die Gemeinheit dieser Art von "Auseinandersetzung" mit der SPD ist alt. Da wird der SPD einfach unterstellt, sie klebe in der Sowjetzone Plakate. Bei der CDU und auch im "Deutschen Monatsblatt" weiss man natürlich genau, dass eine solche Unterstellung infam ist. Man schreibt es aber, druckt es und schleust es durch unzählige Kanäle als "meinungsbildend" in die deutsche Öffentlichkeit.

Diese üble Hetze auf die SPD, die hinterhältige Verdächtigung der grössten demokratischen Partei Deutschlands erinnert nur zu sehr an die inzwischen vor Gericht zurückgenommene Behauptung Dr. Adenauers, die sozialdemokratischen Bundestagskandidaten Schroth und Scharley hätten aus dem Osten Geld für ihre politische Tätigkeit bekommen. Durch Artikel, wie man sie jetzt in dem zitierten CDU-Blatt lesen kann, soll wieder die Vorstellung gezüchtet werden, Sozialdemokraten und Kommunisten seien dasselbe. Das ist einer der vielen Versuche der CDU, den "Wahlkampf" wieder so zu führen wie 1953.

Es gibt auch in der Politik einen Gradmesser für das unter zivilisierten Menschen übliche Verhalten. Das ist das erkennbare Bemühen, auch dem politischen Gegner die ihm gebührende Achtung zu erweisen, ihm nicht wider besseres Wissen etwas zu unterstellen, was er nicht will und nicht tut. Das "Deutsche Monatsblatt" der CDU scheint diesen Gradmesser nicht zu kennen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel